

Die Zeitung erscheint
täglich Abends.
—
Zu beziehen durch alle
Postämter des In-
und Auslandes.

Leipziger Allgemeine Zeitung.

Preis für das Viertel-
jahr 2 Thlr. —
Inserionsgebühr für
den Raum einer Zeile
2 Ngr.

«Wahrheit und Recht, Freiheit und Gesetz!»

Großbritannien. († London.) — **Frankreich.** († Paris; Δ Paris.) — **Deutschland.** († München; Leipzig; Kassel; † Darmstadt; † Frankfurt a. M.) — **Preußen.** (* Berlin; = Berlin; * Berlin; Koblenz.) — **Oesterreich.** (* Prag.) — **Schweiz.** († Aus der mittlern Schweiz.) — **Vereinigte Staaten von Nordamerika.** — **Handel und Industrie.** (* Hamburg; * Frankfurt a. M.; Hamburg.) — **Ankündigungen.**

Großbritannien.

London, 2. Jan.

Das Morning Chronicle begleitet das scheidende Jahr mit der Betrachtung: „Manche Jahre haben die Welt mit einem mehr er-
sichtlichem Abschiedssegne für die Menschheit verlassen und mit schein-
bar glänzenden Aussichten für ihre Nachfolger. Der erste Lichtstrahl
des Jahres 1842 wird manche traurige Scene des Mangels, des
Glücks und der Verzweiflung erblicken. Auch wird er die eigennütige
Macht beleuchten, welche diese Leiden hervorgerufen hat und noch da-
von träumt, den Anforderungen der Gerechtigkeit Widerstand zu leisten.
Zwei Legate hat das sterbende Jahr hinterlassen, die hinreichend sind,
es denkwürdig zu machen. Es hat uns die sehr zweifelhaften Ge-
schenke des Toryismus im Staat und des Puseyismus in der Hoch-
kirche vermacht. Wir betrachten weder das eine noch das andere als
ein „Recht zum Genuß“, auch wünschen wir sie weder für uns noch
für unsere Nachkommen „auf immer zu besitzen“. Dennoch mögen
sie, wie andere Gifte, Heilkräfte enthalten und eine Perle sich finden
im Kopfe der häßlichen Kröte. Beide haben wahrscheinlich Dinge zu
verrichten, die sich durch bessere Hände nicht thun ließen.“

— Während des Jahres vom 15. Dec. 1840 bis zum 14. Dec. 1841
wurden in London 7505 Knaben und 7629 Mädchen, zusammen
also 15,134 Kinder getauft, und 7193 Personen männlichen Ge-
schlechts, 7406 Personen weiblichen Geschlechts, zusammen also 14,599
Personen beerdigt.

— Die Vorbereitungen zu einer glänzenden Aufnahme des Königs
von Preußen in England beschränken sich nicht mehr auf den Hof,
sondern ganz London rüstet sich bereits, die Anwesenheit „des größten
protestantischen Monarchen des Continents“ mit allem Glanze zu um-
geben, dessen diese reiche Handelsstadt fähig ist. Von allen Seiten
vereinigt man sich in der Aufforderung, diese Veranlassung zugleich als
eine Gelegenheit zu benutzen, dem Handel und der Industrie durch
diese Festlichkeiten einen Aufschwung zu geben, dessen sie grade in die-
ser Zeit vorzugsweise bedürfen und den sie sonst nicht erlangen würden.

— In einer Versammlung der Municipalität von Dublin erhob sich
D'Connell und fragte, ob die Mitglieder mit sich einig wären, in
welcher Weise der Königin die an sie gerichtete Adresse überreicht wer-
den solle. Bekanntlich sei bei einer frühern Gelegenheit erwiesen wor-
den, daß diese Körperschaft das Recht habe, der Königin auf dem
Throne sitzend Adressen zu überreichen. Jetzt frage sich, ob man das
von den Vorgängern gegebene Beispiel befolgen wolle. Um die Meinung
der Anwesenden zu erfahren, beantrage er, daß die Adresse der Kö-
nigin auf dem Throne sitzend überreicht werden solle. Ein Alderman
wendete ein, da das Recht dazu feststehe, sei es unnöthig, überflüs-
sige Kosten daran zu wenden, da ja der Staatssecretair die Adresse
eben so gut überreichen könne. Der Lordmayor erwiderte, Kosten solle
die Stadt nicht davon haben, denn er mache sich selbst anheischig, sie
der Königin auf dem Throne sitzend zu überreichen. Nach diesem An-
erbieten schloß sich die ganze Versammlung dem Antrage des Lord-
mayors einstimmig an.

† London, 1. Jan. Bei allen den vorhandenen Schwierig-
keiten, welche einer Schlichtung der Differenzen mit den Vereinig-
ten Staaten anhängen, ist doch die Sendung Lord Ashburton's als
außerordentlicher Botschafter nach Washington als eine gute Vorbe-
deutung für die Erhaltung des Friedens zu nehmen. So wird sie
wenigstens allgemein hier angesehen, weil die Wahl grade dieses Man-
nes eine Garantie zu bieten scheint, daß das hiesige Cabinet keinen
Schritt zur Herbeiführung eines friedlichen Abkommens unversucht
lassen will, das sich mit britischem Interesse vereinigen läßt. Solches
ergibt sich aus den persönlichen Verhältnissen Lord Ashburton's, welche
von der Art sind, daß in ihm, seines eignen Familieninteresse wegen,
der Wunsch höchst lebhaft sein muß, den Frieden zu erhalten. Lord
Ashburton, früher Alexander Baring, bis 1835 seine Erhebung ins

Oberhaus unter seinem jetzigen Titel erfolgte, ist seiner politischen
und bürgerlichen Stellung nach zu gleicher Zeit Engländer und Ame-
rikaner. Als einer der Principale des Bankierhauses Baring war er
ange in Philadelphia ansässig, ist Unionsbürger und mit einer Ame-
rikanerin, der Tochter des verstorbenen Senators Bingham, der sich
während des Unabhängigkeitskrieges als Freibeuter auszeichnete und
großes Vermögen erwarb, verheirathet. Die Familie Baring bietet eins
der merkwürdigsten Beispiele, wie man in England durch praktischen
Scharfblick, Ausdauer und glückliche Speculationen von niederer
Stellung zu Reichthum, Ansehen und den höchsten Würden emporstei-
gen kann. Lord Ashburton soll von einem protestantischen Geistlichen
aus Bremen abstammen, und sein Vater war noch Handlungsdiener
in der City, brachte es aber schon zu einem der ersten Bankiers Eng-
lands und zum Baronet. Der jetzige edle Lord ist einer der reichsten
Grundbesitzer Englands, wo ihm über 100,000 Acker Land gehören
sollen, und zu gleicher Zeit Amerikas, wo er im Staate Pennsylv-
vanien Eigenthümer ausgedehnter Ländereien ist. Man wirft ihm
große Inconsistenz der politischen Gesinnung vor. Als reicher Ban-
kier ins Unterhaus gewählt, galt er seiner Zeit für liberal und war
einer der eifrigsten Gegner der Getreidegesetze, schon bei der Behandlung
der Reformbill aber hatte er sich in den entschiedensten Tory umge-
wandelt, und nachdem er seine Handelsfonds in Landeigenthum an-
gelegt hatte, wurde er auch einer der unversöhnlichsten Getreidemo-
nopolisten. Lord Ashburton ist daher bei der liberalen Partei als ein
treulofer Aufkömmling äußerst verhaßt, und wenn nichtsdestoweniger
die Oppositionsblätter seine Wahl für eine Mission nach den Verei-
nigten Staaten im Ganzen billigen, so ist dies ein Beweis, daß sie
gut getroffen und der Mann am geeignetsten ist, das Friedensgeschäft
zu versuchen. In Einer Richtung hat Lord Ashburton, nicht wie in
der Politik, eine ausdauernde Beharrlichkeit bewiesen, nämlich in der
Ausdehnung des Reichthums und der Ehre seiner Familie. Von ihr
war die politische Wankelmuthigkeit nur die Folge. Sie wird ihn auch
bei seiner jetzigen Sendung anspornen, wo möglich dieselbe mit gün-
stigem Erfolge zu krönen. Seine Mission, von welcher die Frage
über Krieg und Frieden zwischen England und Amerika, vielleicht die
Zukunft der beiden Länder abhängt, möchte für England wenigstens
eine gleich große Bedeutung haben wie die Mission des Grafen
Durham nach Petersburg, ihr Zweck liegt näher und ihr Ausgang
kann von mehr unmittelbaren Folgen sein. Daß Lord Ashburton sei-
ner Aufgabe völlig gewachsen ist, wie er sich nach seiner persönlichen
Stellung am besten dazu eignet, unterliegt keinem Zweifel. Was ihm
einigermaßen entgegensteht, ist, daß er in Amerika bei den Locofocos
eben so verhaßt ist wie in England bei den Reformern, weil er in
dem amerikanischen Parteikampf einen Einfluß zu Gunsten der dortigen
Whigs ausgeübt. Aber eben dieser Umstand macht ihn auf der
andern Seite auch wieder geschickt zu diplomatischen Unterhandlungen
mit Hrn. Webster und der jetzigen Regierung. — Die mit dem Dampf-
boot Acadia angelangten amerikanischen Zeitungen bringen die dem
Congresse vorgelegte Correspondenz zwischen Hrn. Stevenson und den
Lords Palmerston und Aberdeen über das Schiffsvisitationrecht.
(Nr. 8.) Es möchte sich daraus schließen lassen, daß das hiesige Cabi-
net nicht abgeneigt ist, in etwas hinsichtlich dieses Streites nachzu-
geben, indem man in der Correspondenz einen Unterschied durch-
blicken läßt zwischen right of search und right of visitation,
nach dem, wie amerikanische Blätter die Bedeutung der geführten Un-
terhandlungen richtig zu nehmen scheinen. Search ist die Untersu-
chung des Schiffes, zu erfahren, ob es ein Sklavenschiff ist, visi-
tation nur die Untersuchung der Papiere, ob das verdächtige Schiff,
mit amerikanischer, resp. englischer Flagge, diese wirklich mit Recht
führt oder nur fälschlich annimmt. Einen Vertrag zur Begründung

eines Untersuchungsrechts der ersten Art haben die Amerikaner immer standhaft zurückgewiesen und werden gewiß nie darauf eingehen. Gegen eine Untersuchung der zweiten Art, wenn sie ein wechselseitiges Recht werden soll, läßt sich weniger einwenden und erscheint England zur Unterdrückung des Sklavenhandels nothwendig, damit nicht durch Mißbrauch der amerikanischen Flagge alle Bemühungen der Kreuzer zu Schanden gemacht werden würden. Wenn auf diese Basis hin eine Uebereinkunft zu Stande käme und dagegen auch von England die Vorschläge angenommen würden, die der Präsident Tyler hinsichtlich der Caroline in seiner Botschaft (Nr. 5) andeutete, so wären wenigstens zwei Differenzen beseitigt, und dann möchten sich auch vielleicht die Grenzstreitigkeiten leichter ordnen lassen.

Frankreich.

Paris, 3. Jan.

Alle Collegien, welche dem König ihre Glückwünsche zum Neujahr darbrachten, erwähnten mit größerer oder minderer Zartheit des neuesten Attentats gegen die Prinzen. Am entschiedensten antwortete der König darauf in seiner Erwiderung an den Präsidenten des Rechnungshofs, Hrn. Barthe, indem er sagte: „Es freut Mich ganz besonders, Sie diese Gesinnungen aussprechen zu hören in einem Augenblicke, wo sich soeben, wie Sie es sagen, die finstern Intriguen enthüllen, welche im Dunkeln gesponnen werden nicht bloß gegen Meine Söhne und Mich, sondern gegen die ganze Staatsgesellschaft, als deren eifrigste Vertheidiger die Parteimänner uns mit Recht betrachten. Ein Journal von trauriger Berühmtheit in den Annalen der Revolution von 1789 hatte zum Motto gewählt: „Die Dessenlichkeit ist der Schutz des Volks.“ Dieser damals gegen die Ordnung und die Geseze gerichtete Ausspruch hat jetzt im Interesse der Ordnung und der Geseze eine glänzende Anwendung gefunden. Die Dessenlichkeit wird das Geheimniß der Bosheit klar machen, und so Diejenigen belehren, welche an deren Dasein nicht glaubten. Die Dessenlichkeit wird in Zukunft Denjenigen Zweifeln und Ablaugnen nicht mehr gestatten, die an solche gehässige Umtriebe nicht glauben wollten, zuweilen vielleicht, damit sie nicht nöthig hätten, ihre Mitwirkung zu deren Unterdrückung zu leihen. Jetzt aber werden, hoffe ich, Alle, betroffen über die gemeinsame Gefahr, ihre Anstrengungen vereinigen, um dieselbe zu bekämpfen und die Staatsgesellschaft dagegen zu schützen.“

Die Deputirten waren heute in den Bureaux versammelt, um eine Commission zur Entwerfung der Antwortadresse auf die Thronrede zu wählen. Auch diese Wahl traf wieder fast ausschließlich conservative Mitglieder. Es wurden gewählt die H. Hippolyte Passy, Delessert, Dupin, Muret de Bort, Lacave-Laplagne, Dumont, Lefebvre, Fould, Bignon.

Hr. Janvier ist nach seiner Ernennung zum Staatsrath in Montauban mit 229 unter 395 Stimmen wieder zum Mitgliede der Deputirtenkammer gewählt worden.

Die in der ersten Instanz gegen die ehemaligen Municipalbeamten von Toulouse, Arzac, Gasc und Roaldes, ausgesprochene Strafe von 100 Fr., wogegen die Berurtheilten wie auch der Staatsanwalt appellirten, ist vom Appellationsgericht in Pau bestätigt worden.

Ein französisches Journal erinnert daran, daß Dupoty großen Antheil an der Julirevolution nahm, sich zum Adjutanten des Generals Pajol aufwarf und an der Spitze der Pariser gegen Rambouillet zog, um Karl X. zu vertreiben. „Und jetzt ist derselbe als Verschwörer verurtheilt, der bürgerlichen Rechte beraubt, lebenslänglich unter Polizeiaufsicht gestellt, in Ketten auf fünf Jahre nach einem Zuchthause gebracht.“

Gustave de Beaumont ist an des verstorbenen Grafen de Cessac Stelle zum Mitgliede der Akademie der moralischen und politischen Wissenschaften gewählt worden.

Unter dem Titel „Histoire de dix ans“ hat Hr. Louis Blanc eine Geschichte der Julirevolution herausgegeben, die unter vielen interessanten Schilderungen auch Folgendes enthält: „Im Hotel de Ville sollte Hr. Cassitte als Vorsühender die Erklärung der Kammer verlesen, Hr. Biennet nahm ihm aber das Papier aus der Hand mit den Worten: „Geben Sie mir, ich habe eine prachtvollere Stimme!“ In dem Augenblicke, als der Vorleser die Worte aussprach: „Für Preßergehen die Jury“ neigte der Herzog von Orleans sich zu Hrn. de Lafayette und sagte mit Gutmüthigkeit: „Preßergehen wird es nicht mehr geben!“ Diese Mittheilung veranlaßte Hrn. Biennet zur Veröffentlichung eines Schreibens, in dem es heißt: „Dem Tacitus in Glacehandschuhen, der diese Lüge in sein Buch aufgenommen hat, messe ich die Schuld nicht bei. Er wußte persönlich nichts davon. Ich erkläre aber, daß man ihn getäuscht hat, und daß die Handlung wie die Worte, welche man mir zuschreibt, eine neue Erfindung der Dummheit und der Bosheit sind. Hr. Cassitte übergab mir die Erklärung beim Louvre, während man einen Haufen Pflastersteine wegräumte, die dem Durchgange seiner Portehaise im Wege

waren. Und zu welchem Zwecke hätte ich dieses Actenstück den Händen eines Collegen entrisen, mit dem mich eine offene und ehrenwerthe Freundschaft verband! Wem habe ich denn seit elf Jahren irgend eine Ehre, irgend ein Amt, irgend einen Theil des Dienstes genommen? Damals wußte ich nicht, daß jene Vorlesung mir den Vortheil gewähren werde, in Lebensgröße im Museum von Versailles zu figuriren. Hätten dagegen am folgenden Tage die Karlisten oder die Republikaner ihre Revanche genommen, würde mir Niemand seinen Hals geborgt haben, um auf dem Grève-Platz zu figuriren. Hr. Blanc kam jedoch zu mir und bat mich um die wenigen Actenstücke, die ich in Händen hatte; ich gab sie ihm ohne Rückhalt oder Prahlerei. Das wußte ich jedoch nicht, daß sein Platz gewählt sei, und daß er seinen Beitrag von Albernheiten zu der namenlosen Ligue liefern wolle, die ihre Zähne und Klauen an meiner Epidermis abnußt. Es gibt keinen Menschen in Frankreich, der mehr Unsinn zu sagen, zu schreiben, zu blöden oder zu brüllen veranlaßt, als Ihr sehr ergebener Diener Biennet.“ Hr. Louis Blanc antwortet darauf, Hr. Biennet könne sehr wohl vergessen haben, was damals vorgefallen, es sei dagegen unmöglich, daß seine Gewährsmänner sich einer Sache erinnern, die nicht stattgefunden hätte.

Als besonders bemerkenswerth wird in Berichten aus Algier hervorgehoben, daß sich neulich zum ersten Mal einige Kabylen um Hilfe gegen Abd-el-Kader, der sie am Besuche der französischen Märkte hindert, an die Franzosen gewendet haben.

Paris, 3. Jan. Der Etikettestreit Frankreichs mit Spanien wird allem Anschein nach einen schlimmen Ausgang nehmen. Das madriider Cabinet verfährt in dieser Sache mit einer Consequenz und Festigkeit, welche keine Aussicht auf Nachgiebigkeit von seiner Seite übrig lassen, und was andertheils das Cabinet der Tuilerien betrifft, so muß man aus dessen Haltung gleichfalls auf eine ungewöhnlich strenge Aufrechterhaltung der in seinem Namen erhobenen Ansprüche schließen. Man spricht schon von der Zurückberufung des Hrn. de Salvandy als von einer beschlossenen Sache. In der That ist seine Stellung in Madrid nicht haltbar. Da er sich weigert, seine Beglaubigungsschreiben dem Regenten zu überreichen, so glaubt die spanische Regierung es ihrer Würde schuldig zu sein, den Charakter des Botschafters in ihm bis zur Erfüllung der verlangten Formalitäten ganz zu übersehen. Wenn Hr. de Salvandy zum Beispiel den Tag der Eröffnung der Cortes in Toledo und Aranjuez zugebracht hat, so war diese Entfernung aus der Hauptstadt höchstens zur Hälfte freiwillig, denn der Minister des Auswärtigen hatte ihm gar keine Einladung zu jener Feierlichkeit zukommen lassen, sondern nur dem französischen Geschäftsträger, Hrn. Pageot, Eintrittskarten für die diplomatische Tribüne geschickt. Kommt es über jene erbärmliche Controverse wirklich zum Bruche zwischen den Höfen von Paris und Madrid, alsdann werden wir wohl thun, unsere Ansprüche auf den Namen einer ersten politisch gereiften Generation fahren zu lassen und uns in aller Demuth den Zeiten anzuschließen, in welchen eine Vortrittsfrage für das Schicksal der Völker und Reiche von der größten Wichtigkeit war. Die hiesigen ministeriellen Blätter sprechen noch mit großer Vorsicht und Schonung von der aufs neue drohenden Störung des guten Benehmens mit Spanien, aber gewisse, im französisch-ministeriellen Sinne geschriebene Correspondenzen aus Madrid verfallen schon wieder in den Ton einer wahrhaft gehässigen Feindseligkeit gegen die Regierung des Regenten. So wird Espartero ein Verbrechen daraus gemacht, daß er am Tage der Eröffnung der Cortes durch ein Spalier von Truppen und Nationalgarden von seinem Hause nach dem königl. Palaste gefahren, und noch schwerer, fast wie ein Anzeichen usurpatorischer Pintergedanken wird es ihm angerechnet, daß er im königl. Wagen den Platz neben der jungen Königin auf dem Rücksitze eingenommen, statt sich, wie es die Königin Christine bei ähnlichen Gelegenheiten gethan haben soll, ihr gegenüber zu setzen. Die Oppositionsblätter nehmen in dieser Sache fast alle entschiedene Partei für die spanische Regierung. Die von Espartero gehaltene Thronrede gibt ihnen eine neue Veranlassung, auf die Magerkeit und den dürftigen Inhalt der Rede Ludwig Philipp's zurückzukommen, und eine größere Ausführlichkeit, eine ausgedehntere Anwendung des Princip's der Dessenlichkeit in Staatsangelegenheiten für diese feierlichen Mittheilungen der Krone an die Repräsentanten des Landes zu verlangen. Dagegen äußert sich vielfache Unzufriedenheit darüber, daß bei den diesjährigen Neujahrsreden in den Tuilerien die innern Staatsinteressen Frankreichs auf eine ungewöhnliche Weise in den Bereich, zumal der diplomatischen Complimente gezogen worden seien. Es ist allerdings ein Uebelstand, wenn eine diplomatische Ceremonie, wäre es auch nur durch Anspielungen, auf den schlüpfrigen Boden der einheimischen Politik hinübergreift und dadurch Controversen wieder anregt, bei deren Auffassung und Behandlung wenigstens die Elemente nationaler Empfindlichkeit und Eiferfucht nicht ins Spiel gezogen werden sollten. — Die Rede, welche diesmal beim Unwohlsein des Kanzlers der Herzog v.

Brogie im Namen der Pairskammer gehalten (Nr. 8), wird sehr verschieden beurtheilt. Gewiß ist es, daß sie scharf abstricht gegen die übrigen stereotypen Proben der Neujahrstagsberedtsamkeit, welche man seit einer Reihe von Jahren in kaum veränderter und wenig verbesserter Auflage zu lesen bekommt. Eine Veränderung ist indessen dieses Mal doch in dem Charakter mehrerer der vorgestern in den Tuilerien gehaltenen Reden bemerklich, die nämlich, daß darin wiederholt und nachdrücklich auf die Gefahren hingewiesen wird, welche die neueste Richtung des revolutionären Geistes auch dem bestehenden Besitzstande zu bringen droht. Diese Hindeutungen sind nicht etwa eine bloße taktische Maßregel, darauf berechnet, die Interessen des Eigenthums zu einem engeren Anschließen an die politische Ordnung der Dinge zu veranlassen, sie zeugen vielmehr unzweifelhaft von dem wahren Bewußtsein der Nothwendigkeit, auch für die bisher bloß im Zusammenhange mit den Personen gedachten Privatverhältnisse Garantien gegen den revolutionären Geist aufzufinden. Aber freilich politische Mittel, Hochverrathsprocesse und Verurtheilungen der mehr oder weniger radicalen Presse durch den Pairshof sind keine hinreichenden Präservative gegen jenes neue Uebel. Wenn die Staatsgewalten nicht ihren besten Willen und alle ihre Kräfte auf die Bekämpfung des Uebels verwenden, wenn es ihnen nicht gelingt, das Geheimniß nicht allein der Vermehrung, sondern auch einer billigeren, dem verhältnißmäßigen Verdienst entsprechenderen Vertheilung des gesellschaftlichen Reichthums zu finden, alsdann kann der gefürchtete und furchtbare Kampf um den Besitz wol hinausgeschoben, aber ganz gewiß nicht in letzter Instanz verhindert werden. Es ist ein unscheinbares, aber gleichwol bedeutungsvolles Zeichen der herrschenden Reaction von unten nach oben, daß das Journal du Peuple durch die Verurtheilung seines Hauptredacteurs in die Lage gesetzt ist, statt drei Mal in der Woche, künftig alle Tage erscheinen zu können. Eine Tendenz, welche im schwersten Ringen mit überlegener Macht neue und verdoppelte Kräfte schöpft, eine solche Richtung hat jedenfalls eine Zukunft.

Paris, 3. Jan. Die Ansichten der Opposition über die Motive des Ausgangs der Präsidentschaftsfrage, über die Situation im Allgemeinen und die Lage der Männer und Parteien in der Kammer sind natürlich verschieden von denen der conservativen Partei. Die Opposition betrachtet durchaus die Früchte der Bewegung Lamartine nicht für so verloren und gescheitert, als die Letztere. Nach ihr beharrt Hr. de Lamartine, gefolgt von dem Journal des Hr. de Girardin und vielleicht von zwei bis drei seiner Freunde (man nannte sie mir nicht), in seiner Hinneigung zur Linken und in seinem Plan, ein neues Gebiet in der Kammer zu gründen, auf dem eine neue sich ausöhnende Majorität von Links und Rechts her sich bilden sollte. Sie behauptet, daß der Dichter unmittelbar der Opposition erklärt, wie eine Art von Scission schon immer in der conservativen Partei geherrscht und seine Candidatur nur der Ausdruck einer bereits vorhandenen Situation gewesen, nicht aber eine solche erst hervorgerufen; schon lange, seit die Motive der Vertheidigung des Grafen Molé gegen die rein persönlichen Angriffe einer aus so heterogenen Elementen bestehenden Coalition nicht mehr obgewaltet, hätte zwischen Denjenigen, die nicht in einer unveränderlichen Stellung bleiben gewollt, und dem Gros der Partei mit dessen blindem Haß gegen jede Bewegung nach der Linken entschiedene Meinungsverschiedenheit obgewaltet, und es hätte später oder früher der Zeitpunkt kommen müssen, wo man sich hätte offen gegen einander erklären und auseinandergehen müssen. Es müsse sich nun sehr bald entscheiden, meint die Opposition, ob Hr. de Lamartine seiner Candidatur die politische Bedeutung, die er ihr selbst bei deren Anregung gegeben, lassen werde. Allerdings wird diese ihre Hoffnung durch die fortwährende Haltung der «Presse» aufrecht erhalten. Das ganze Benehmen dieses Blattes ist verändert; es findet kein Wort des Lobes heute über die Neujahrreden am Hofe; es folgt dem Journal des Débats nicht in die Vertheidigung des Cabinets gegen den ihm noch vor kurzem so verhassten Espartero in dem zwischen diesem und Hr. de Salvandy erhobenen Stikettenstreite; es hält sich auf dem reformistischen Gebiete. Die Opposition erkennt allerdings der conservativen Partei vielen Charakter zu, den sie von neuem dadurch bewiesen, daß sie Hr. de Lamartine so ganz gegen alles Erwarten allein gelassen; indessen sie erklärt diese Selbstständigkeit und dieses von keiner Persönlichkeit influenzirte compacte Zusammenhalten hauptsächlich aus jenem gemeinsamen Interesse, das ihre Mitglieder nunmehr seit zehn Jahren gegen die Linke fest vereinigt, und das sich gewissermaßen als im Kampfe der Localinteressen in den Wahlcollegien und in den verschiedenen Departements bezeichnen lasse. Denn nach der Angabe, namentlich Hr. Odilon-Barrot's, der sich dieser Tage sehr ausführlich gegen einen meiner Freunde darüber äußerte, ist der Kampf der Centren ge-

gen die Linke bei weitem weniger in der Kammer als in den Departements, wo man sich um Einfluß in administrativen und geselligen Verhältnissen streitet, und daher die Erklärung des Umstandes, daß keiner noch so bedeutenden Notabilität in Paris der entscheidenden Leitung der erstern sich zu bemächtigen gelingt. Auch über die Ursache der geringen Anzahl der herbeigekommenen Deputirten der Linken spricht man sich in den Salons der Opposition sehr ausführlich aus. Noch heute sind die fehlenden 80 Männer nicht angekommen, und das Verhältniß der Parteien wird wahrscheinlich in der Discussion der Adresse dasselbe bleiben. Drei Gründe werden davon angegeben: erstens hängt die Linke zum Theil eben so von den Wahlcollegien ab wie die Centren; in einem großen Theile derselben besetzt die Majorität eine so große Abneigung gegen die Mitglieder der Centren, als in denen der Centren gegen die Linke, und Mehrere von der letztern wagten sich daher einer Bewegung nicht zuzugesellen, die einen Candidaten in den Reihen der Rechten suchte, ein Umstand, der überhaupt die Partei Odilon-Barrot wenig biegsam zu parlamentarischen und taktischen Evolutionen macht. Zweitens, da die Mitglieder der Opposition nun schon seit zehn Jahren sich fortwährend in der Minorität befinden, immer zu nichts gelangen und ihre Partei weder verlassen können noch mögen, so ist in ihnen mehr wie in allen andern eine Erschlaffung gegen die Kammerverhandlungen eingetreten, die von Jahr zu Jahr zunimmt und sie zum Ausbleiben veranlaßt. Drittens endlich macht sich in der Linken besonders das Mißverhältniß der Kosten der unbefoldeten Deputirten zu der großen Menge bescheidener Vermögen in Frankreich geltend. Viele in ihr finden es immer drückender, sechs bis sieben Monate im theuern Paris, von ihren Geschäften fern, zubringen, und gewöhnen sich immer mehr, später anzukommen und früher abzureisen. Daher ist zu keiner Zeit mehr die Frage von der Nothwendigkeit einer Entschädigung für die Deputirten zur Sprache gekommen als nach dem Ausgange der Sitzung vom 28. Dec. Denn während der englische Deputirte leicht auf einige Tage von London in seine Heimat zu seinen Geschäften reisen und für einen entscheidenden Augenblick in dem Unterhause wieder zugegen sein kann, ist das den französischen Deputirten durchaus unmöglich; und ohnehin sind die entlegensten Departements Frankreichs zugleich die ärmsten; und zugleich können im englischen Unterhaus die gewöhnlichen Geschäfte von einer sehr geringen Anzahl von Mitgliedern vorgenommen werden, während in der französischen Kammer immer zwei Drittel zugegen sein müssen. Doch, wie gesagt, trotz dieser eingestandenen Nachtheile auf ihrer Seite, verzweifelt die Opposition nicht am Erfolge der Session. Sie rechnet darauf, daß die Reformfragen nothwendig die Scission in der Majorität herbeiführen müssen, die bei der Präsidentschaftsfrage verfehlt worden. Denn dabei müssen sich Hr. de Lamartine wie die H. Dufore und Passy erklären.

Deutschland.

München, 4. Jan. Die Abreise des Kronprinzen nach Berlin ist auf den 6. Jan. festgesetzt, und am 11. Jan. hofft derselbe dort einzutreffen. In seiner Begleitung werden sich der Generalleutnant v. Seckendorf und Major v. Achner befinden; auch der geheime Secretair Daxenberger wird diesmal dem Prinzen folgen. — Unter den am 1. Jan. mit dem St.-Michaelsorden Decorirten befinden sich der Oberbaurath Sulpice v. Boisserée und der Hofmaler Kaulbach. Das große Gemälde des Letztern, die Zerstörung Jerusalems durch Titus, ist nun definitiv, und zwar um die Summe von 35,000 Fl., von dem Könige bestellt worden. — Ich weiß nicht, ob Sie von einem Rundschreiben des Bischofs von Passau berichtet haben (Nr. 337 v. J.), durch welches er seinen Geistlichen die kirchlichen Trauerfeierlichkeiten für die verstorbene Königin-Witwe untersagte. Weniger bekannt ist, daß derselbe sich bewogen gefunden hat, unmittelbar darauf ein zweites zu erlassen, in welchem er das erste aufhebt. Es bilden übrigens die Umstände bei dem Leichenbegängnisse der allgemein verehrten Königin noch immer den Gegenstand lebhaftester Erörterung, und von vielen Seiten scheint man erst jetzt deutlicher den Standpunkt zu erkennen, auf den man sich wie durch höhere Gewalt gestellt sah. — Zu den Fremden von Auszeichnung, die für diesen Winter hier Wohnung genommen, gehört der ehemalige Professor an der bonner Universität, Ennemoser aus Tirol. Seine vieljährigen Erfahrungen und Studien über Magnetismus und dessen Beziehung zu Religion und Medicin hat er in einem umfassenden Werke zusammengestellt, das bereits die Presse verlassen hat und nächstens erscheinen wird. — Das Wort Presse kann ich nicht niederschreiben, ohne ein Wort davon zu schreiben, wie man hier, und ich kann sagen fast einmüthig, den Urtheilspruch der französischen Pairskammer über Dupoty betrachtet. Da ist Keiner, der ihn billigt, der ihn nicht als ein neues Zeichen des tiefen Verfalles betrachtet, in welchem sich das

politische und Rechtsbewußtsein in Frankreich befindet. Freilich als ein Urtel von Allgemeingültigkeit, von Consequenz betrachtet man es nicht; allein eben das ist zu beklagen, daß einem Urteilsprüche dieser Hauptcharakterzug nothwendig abgeht.

Leipzig, 8. Jan. Das Börsenblatt für den deutschen Buchhandel enthält folgenden „Bericht über die Arbeiten des in der letzten Ostermesse gewählten zweiten außerordentlichen Ausschusses des Börsenvereins. Durch die Beschlüsse der Generalversammlungen vom 9. und 11. Mai v. J. hat der genannte Ausschuss den Auftrag erhalten, die Wünsche und Bitten des Börsenvereins, sowol wegen gleichförmiger Regulirung der Gesetzgebung über die literarischen Rechtsverhältnisse in ganz Deutschland als wegen gänzlicher Abschaffung oder eventua- liler Reduktion der Censur auf das bundesgesetzliche Maß in allen deutschen Staaten der hohen königl. sächsischen Staatsregierung ehr- furchtsvoll vorzulegen. Der Ausschuss beschloß in seiner Sitzung vom 14. Mai, dies durch die Abfassung zweier Denkschriften zu thun, mit deren Entwürfen er zwei seiner Mitglieder beauftragte. Der Ent- wurf zur ersten Denkschrift wurde im Laufe des Sommers allen Aus- schussmitgliedern in Abschrift zugesandt und dieselben darauf zum 3. Oct. nach Koburg zusammenberufen, wo auch der Entwurf zur zweiten Denkschrift über die Censur vorgelegt, aber noch zu weiterer Bearbei- tung ausgefetzt wurde, welche zur Zeit noch nicht beendet ist. Die erste Denkschrift ist aus den Koburger Berathungen so hervorgegangen, wie sie durch den Börsenvorstand an das hohe königl. sächsische Mini- sterium des Innern eingereicht worden ist und jetzt gedruckt vorliegt. Sie geht davon aus, daß Deutschland, wie es nur Eine Literatur hat, auch einer gleichförmigen Gesetzgebung über die Rechtsverhältnisse hinsichtlich der Erzeugnisse derselben bedarf, wenn nicht eine unselige Verwirrung eintreten soll, indem ein Land erlaubt und autorisirt, was ein anderes verbietet, und so die Verleger des einen States zu Un- ternehmungen berechtigt, welche die des andern nicht machen dürfen, was nur zur Demoralisation des Buchhandels führen und so auch die Entwicklung der Literatur beeinträchtigen kann. Es wird gezeigt, warum früher dies Bedürfnis nicht mit gleicher Dringlichkeit hervor- getreten ist wie jetzt, was durch nicht wenige Beispiele von Streitig- keiten und Processen hätte bekräftigt werden können, die gegenwärtig unter uns obschweben, und hauptsächlich darin ihren Grund haben, daß uns allgemein gültige, klare und umfassende gesetzliche Bestim- mungen für ganz Deutschland fehlen — wenn nicht der alte Spruch zu berücksichtigen gewesen wäre: *Exempla sunt odiosa*. Hierauf hebt die Denkschrift die Nachteile hervor, welche es für Leipzig als Centralpunkt des ganzen deutschen Buchhandels haben muß, wenn da- selbst in Bezug auf die Dauer des Verlagsrechts ein anderes Recht gilt als im größten Theile des übrigen Deutschland, und dies führt zur Beleuchtung des ewigen Verlagsrechts, sowol seinem Princip als seinen Wirkungen nach, im Gegensatz zur dreißigjährigen Schutzfrist nach dem Tode des Autors, welche das preussische Gesetz vom 11. Jun. 1837 zuerst festgestellt hat, und von der Gesetzgebung aller deutschen Staaten angenommen zu sehen der ausgesprochene Wunsch unserer Generalversammlung vom 9. Mai ist. Nach Bekämpfung des ewigen Verlagsrechts wendet sich die Denkschrift gegen die Vertheidiger aller kürzern Schutzfristen, und geht dann, gleichfalls dem Willen der Generalversammlung gemäß, zur Erörterung mehrerer einzelnen Para- graphen des preussischen Gesetzes über, unter denen §. 35 der wich- tigste ist. In Bezug hierauf sagt die Denkschrift: „Es scheint aber, sollen bestehende Rechte möglichst geschont werden, nichts Anderes übrig zu bleiben, als eine vorübergehende Bestimmung hinsichtlich aller gegen- wärtig bestehenden Verlagsrechte an Werken verstorbener Autoren dahin zu treffen, daß dieselben den gleichen Schutz genießen sollen, als wenn die Autoren am Tage der Publication des Gesetzes gestorben wären. Es würde aber sehr wünschenswerth, ja fast unerlässlich sein, daß diese Bestimmung durch einen Bundesbeschluß Gültigkeit für ganz Deutsch- land erhalte, auch wenn es nicht möglich sein sollte, alle übrigen literarischen Rechtsverhältnisse gleichzeitig durch Bundesbeschluß zu regu- liren. In dieser Uebergangsperiode würden die Verlagsberechtigten noch eine hinlängliche Frist haben, von ihrem ausschließlichen Rechte Nutzen zu ziehen, und die Ausdehnung dieses Schutzes auf ganz Deutschland während dieser Zeit könnte ihnen als Entschädigung für das Aufhören desselben in einem Theile angerechnet werden.“ In Bezug auf §. 38 erklärt sich die Denkschrift für das darin festgehal- tene Princip der Reciprocität und gegen die unbedingte Gleichstellung der Inländer und Ausländer, und regt bei dieser Gelegenheit auch die Frage an, ob Reciprocität mit Staaten stattfinden dürfe, welche einen höheren Zoll auf Bücher legen als Deutschland. Am Schlusse heißt es: „Im gegenwärtigen Augenblicke aber, welcher wahrscheinlich für eine lange Folgezeit entscheidend sein wird, gibt sich der deutsche Buch- handel der Hoffnung hin, die hohe königl. sächsische Staatsregierung werde zunächst dahin streben, daß die bevorstehende Regulirung der literarischen Rechtsverhältnisse zu solchen Bundesbeschlüssen führe, die alle besonderen Gesetze darüber in den einzelnen Bundesstaaten ent- behrlich machen, oder wenn dies zunächst nicht zu erreichen stände, wenigstens möglichst bald ein den jetzigen Bedürfnissen entsprechendes Gesetz für das Königreich Sachsen erlassen, und durch dies Beispiel, sowie durch besondere Verwendung auch andere deutsche Staaten zu ähnlichen Gesetzen vermögen.“

Kassel, 3. Jan. Die Wahl Schwarzenberg's zum Ober- bürgermeister der Residenz ist von der Staatsregierung nicht bestätigt, und es wird nun schwer halten, einen dritten Kandidaten zu finden; da zwischen jenem und Wippermann die Stimmen getheilt waren. Es gibt wol den Ausweg, Letztern nunmehr auf fünf Jahre zu wählen, da er am Ende der Einzige ist, welcher dieses Amt für kürzere Zeit annehmen wird, indem ihm der Rücktritt an seine jetzige Stelle als zweiter Bürgermeister später immer offen bleibt, während mancher An- dere in gleichem Falle bedeutendere Opfer bringen müßte. Es ist je- denfalls zu bedauern, daß keiner dieser beiden Männer bestätigt ist, da beide so unbedingt das volle Vertrauen der Bürgerschaft genießen. (Fr. Z.)

† **Darmstadt, 4. Jan.** Die bereits im Druck vorliegenden Ber- handlungen der zweiten Kammer theilen den Vortrag des Finanzmi- nisters, „den Hauptvoranschlag der Staatseinnahmen und Ausgaben für die Jahre 1842/44 betreffend“, mit. Hiernach sind die Einnah- men auf 7,548,554 Fl. und die Ausgaben auf 7,546,649 Fl. jähr- lich veranschlagt. Es heißt in dem Vortrage namentlich: „Bei Ver- gleichung dieses Hauptvoranschlags mit dem Staatsbudget der laufen- den Finanzperiode (1839/41) zeigt derselbe zwar im Ganzen genom- men die bedeutende Mehrausgabe von 468,187 Fl.; indessen wer- den Sie bei näherer Einsicht und Prüfung der die einzelnen Positio- nen des Hauptvoranschlags betreffenden Actenstücke und der denselben beigefügten Erläuterungen und Motive bald zu der Ueberzeugung ge- langen, daß die veranschlagten Mehrbedürfnisse zu einem großen Theile durch Umstände und Verhältnisse hervorgerufen worden sind, welche gänzlich außer dem Bereiche der Verwaltung liegen und von der Staats- regierung weder vermieden noch beschränkt werden können, im Uebrigen aber theils in Mehrausgaben in Folge oder zur Erzielung von Mehr- einnahmen begründet sind, und theils in Ausgabeposten beruhen, welche im Interesse der Finanzverwaltung entweder höchst rathlich oder durch- aus unvermeidlich erscheinen.“ Ich werde bei meinen Berichten auf das Detail dieser Mehrausgabe zurückkommen. In dem Budget von 1842/44 erscheint zum ersten Mal eine Apanage von 14,000 Fl. für den Prinzen Alexander, den jüngsten Sohn des Großherzogs, der nunmehr 18 Jahre alt ist, also das Alter erlangt hat, welches Be- dingung des Rechts auf eine standesmäßige Apanage ist. Da er in russischen Kriegsdienst getreten und sich in Petersburg, in der Nähe seiner Schwester, der Gemahlin des Großfürsten-Thronfolgers, auf- hält, so geht die ganze Summe dieser Apanage ins Ausland. Auch hinsichtlich des einen Bruders des Großherzogs, des Prinzen Fried- rich, der vor vielen Jahren zum Katholicismus übergetreten, ist die- ses der Fall, da er sich beständig im Ausland aufhält. In Bezug auf die Staatseinnahmen heißt es in dem Vortrage des Finanzmi- nisters: „Was die veranschlagten Staatseinnahmen betrifft, so zeigt zwar das Budget von den Cameraldomainen, in Folge der bereits bedeutend vorgeschrittenen Ablösung der fisciatischen Grundrenten, so- wie des Umstandes, daß der veranschlagte Ueberschuss von den Salz-, Berg-, Hütten- und Hammerwerken in der Provinz Oberhessen in den nächsten Jahren gänzlich durch die Kosten der Eröffnung und Be- triebseinrichtung des neuen harrstädter Braunkohlenbergwerks absorbiert werden wird, einen unvermeidlichen Ausfall. Dennoch wird die Auf- bringung der zur Bestreitung der gesammten veranschlagten Ausgaben erforderlichen Einnahmen möglich werden, ohne auch nur im geringsten irgend eine Erhöhung der directen Steuern und der übrigen bestehen- den Auflagen beantragen zu müssen, indem der Ertrag aller übrigen Einnahmerubriken gegen das Staatsbudget der laufenden Periode (1839/41) sehr bedeutend gestiegen ist und daher pro 1842/44 mit Sicherheit höher, und zur Deckung der obigen Ausfälle sowol als wie der Mehrausgabe hinreichend, in Aussicht gestellt werden kann. Ins- besondere lassen die Forstdomainen bei einer nur geringen Abweichung von dem seitherigen Fällungssetat, für die bevorstehende Periode einen sehr bedeutenden Mehrertrag erwarten, welcher hauptsächlich den ge- stiegenen Holzpreisen beizumessen sein wird. Ferner kann auch bei dem Einkommen der innern indirecten Auflagen und aus Zollgefällen, nach den Durchschnittsergebnissen der letzten Jahre, in den Jahren 1842/44 auf beträchtliche Mehrergebnisse gerechnet werden, und end- lich hat die auf die Resultate der abgelaufenen Finanzperioden und die wahrscheinlichen Ergebnisse pro 1839/41 gegründete Berech- nung der muthmaßlichen Ueberschüsse der Hauptstaatskasse zu Ende 1841 es möglich gemacht, in dem Hauptvoranschlage pro 1842/44 zur Deckung der Ausgaben eine wesentlich höhere Zuschusssumme aus den Ueberschüssen zu berücksichtigen, als wie dies seiner Zeit in dem Staatsbudget für 1839/41 geschehen konnte. Nach allem Diefen ist da- her eine wesentliche, auf Erhöhung der Abgaben abzwedende Uende- rung in der bestehenden Finanzgesetzgebung durchaus nicht erforderlich.“ — Das, was ich Ihnen bereits vor mehreren Monaten berichtete, hat jetzt seine Bestätigung gefunden. Ich gedachte damals der Besuche des Kronprinzen von Baiern bei seiner Schwester, der Erbgroßher- zogin, und des gleichzeitigen Verweilens des Prinzen Wilhelm von Preußen, Oheims des Königs, mit seiner Gemahlin und Tochter, der Prinzessin Marie, bei seinem Schwiegerohne, dem Prinzen Karl, dem zweiten Sohne des Großherzogs. Damals hatte das hiesige Publi-

cum
Fol
und
ver
Die
von
ger
D
Fr

eine
san
Sta
fönl
Bei
stair
nach
Kar
diese
v. M
Der
com
von
richt
wur
nach
teten
nen
—
gen
Jahr
zu I
vorh
1840

(*)
welch
ange
chen
daß
lich,
änder
dem
ergan
(obw
jede
man
bei z
dessen
achtet
ders
licher,
lich h
Stanz
scheine
mals
jeht
ter Le
richtun
lichen
stehen
um de
Zuläss
gen.
trage
den u
nach C
Worte
durch
geistlic
des K
Englan
—
hiesiger
hierber

zum Gelegentlich, zu bemerken, daß sich zwei Herzen genähert, und Folgerungen zu ziehen. Diese neue Verbindung zwischen Preußen und Baiern berührt nahe unsere Fürstenfamilie, die durch so viele verwandtschaftliche Bande mit beiden Regentenhäusern verknüpft ist. Die Mütter des Prinzen Wilhelm von Preußen und des Königs von Baiern waren Tanten des Großherzogs. Ersterer ist Schwiegervater des zweiten Prinzen, letzterer der des Regierungsnachfolgers. Das fürstliche Brautpaar, so vermuthet man, wird sich im nächsten Frühjahr bei Besuchswiederholung hier wiedersehen.

† **Frankfurt a. M.**, 5. Jan. Morgen wird der Bundestag eine Sitzung halten, in welcher der königl. sächsische Bundestagsgesandte, Rostig und Jändendorf, den bairischen Bundestagsgesandten, Staatsrath v. Rieg, der wegen Unwohlseins noch abgehalten ist persönlich zu erscheinen, in Folge Substitution vertreten wird. — In Betreff der Sendung des preussischen Bevollmächtigten bei der Militaircommission des deutschen Bundes, Obristen v. Radowik, der, nach Angabe öffentlicher Blätter, zum Gesandten seines Hofes in Karlsruhe bestimmt wäre, erfährt man auf glaubwürdige Weise, daß diese Sendung lediglich einen militairischen Charakter haben und Hr. v. Radowik desselben ungeachtet in seiner hiesigen Stellung verbleiben werde. Derselbe würde nämlich, heißt es, mit der Präsidenz einer Specialcommission bekleidet werden, die für die Leitung des Festungsbaues von Rastatt bestellt werden soll. — Die im Herbst 1840 neu eingerichteten Gefängnisse auf dem ehemaligen sogenannten Kastenante wurden mit dem Schlusse des verfloffenen Jahres gänzlich geräumt, nachdem durch die Entlassung des größten Theils der damals verhafteten Handwerker auf der Constabler-Wache hinlänglich Platz gewonnen wurde, um die noch übrigen Arrestanten daselbst unterzubringen. — Nach einer amtlich veröffentlichten statistischen Uebersicht der hiesigen Bevölkerungs-Bewegung überstieg zwar im vergangenen Jahre die Zahl der Geburten die von 1840 im Verhältniß von 1266 zu 1227; dagegen aber starben 1841 156 Individuen mehr als im vorhergehenden Jahre. Endlich wurden 1841 nur 276 Paare getraut, 1840 aber 325.

Preußen.

(*) **Berlin**, 6. Jan. Daß die Reise des Königs nach England, welche nun bestimmt am 16. Jan., nach Abhaltung des Ordensfestes angetreten wird, jetzt in allen Kreisen der Gesellschaft vielfach besprochen wird, liegt so in der Natur eines so ungewöhnlichen Ereignisses, daß man sich darüber nicht wundern kann. Allein es ist eigenthümlich, daß mit dieser Reise fast überall so manche Gerüchte von Veränderungen in kirchlichen Dingen in Verbindung gebracht werden, die dem Publicum keineswegs gleichgültig scheinen. Schon die unlängst ergangenen Gebote wegen strengerer Festhaltung der Sonntagsfeier (obwol eine solche allerdings nothwendig erschien, wenn nicht zuletzt jede äußere Beachtung derselben gänzlich verschwinden sollte) glaubte man hauptsächlich den desfallsigen englischen Normen entlehnt und dabei zugleich den Einfluß eines hochstehenden Diplomaten zu erkennen, dessen religiöse Richtung schon seit längerer Zeit an unserm Hofe geachtet und gewürdigt wird. Was zu dieser Meinung auch wol besonders beigetragen haben mag, ist der Umstand, daß ein junger Geistlicher, Dr. A., früher in dem Hause jenes Diplomaten, jetzt und plötzlich hier eine Bedeutsamkeit erlangt hat, zu welcher ihn weder sein Standesverhältniß noch irgend eine amtliche Beziehung zu berechnen scheinen. Nicht nur behauptet man, daß Dr. A. seit kurzem mehrmals zu dem Könige beschieden worden, sondern daß derselbe auch eben jetzt mit besonderm Aufträgen nach England gesendet ist, um dort unter Leitung unsers Gesandten sich von allen denjenigen kirchlichen Einrichtungen zu informiren, die sich zu einer Uebertragung auf unsere kirchlichen Normen eignen dürften, und darüber bei der demnächst bevorstehenden Anwesenheit des Königs in England Bericht zu erstatten, um dem Könige daselbst Gelegenheit zu geben, sich selbst von deren Zulässigkeit oder Anwendung bei uns zu unterrichten und zu überzeugen. Es ist aber auf alle Fälle der Zweck, welcher bei diesem Auftrage des Dr. A. verfolgt werden soll, ganz von demjenigen verschieden und getrennt, in dessen Interessen schon früher Hr. v. Gerlach nach England geschickt worden, und wenn der Unterschied mit kurzen Worten angedeutet werden könnte, so würde er sich am klarsten dadurch herausstellen, daß Hr. v. Gerlach durch das Ministerium der geistlichen Angelegenheiten, Dr. A. aber aus persönlicher Entschliesung des Königs und mit Beziehung auf dessen baldige Anwesenheit in England dahin gesendet worden ist.

= **Berlin**, 6. Jan. Der König von Hannover, welchen man am hiesigen Hof erwartete, wird, nach eingegangener Nachricht, nun nicht hierher kommen, sondern mit unserm Monarchen auf dessen Reise nach

England im Braunschweigischen eine Zusammenkunft haben. — Der Oberst v. Radowik wird von hier aus auf seinen Gesandtschaftsposten nach Karlsruhe gehen. Dieser ausgezeichnete Offizier soll zu gedachtem diplomatischen Posten auch deshalb gewählt sein, um vor Karlsruhe aus den Bau der Bundesfestung Rastatt mit beaufsichtigen zu können. — Die feierliche Eröffnung der zur Aufnahme armer unverheiratheter Töchter von Beamten und Offizieren bestimmte Rothers-Stiftung vor dem Halle'schen Thore fand gestern statt. Die Königin, der Kriegsminister v. Boyen, der Cultusminister Eichhorn, der wirkliche Geheimrath Graf zu Stolberg-Wernigerode und andere hohe Staatsbeamte wohnten derselben bei. Die Feier wurde vom Bischof Meander durch eine gehaltvolle Rede eingeleitet. Nach einer darauf folgenden kurzen Auseinandersetzung des Ministers Rother ist eigentlich die Stiftung aus den seit 1829 excludirten Prämien Scheinen entstanden, zu deren Fonds nun auch die jährlichen Ueberschüsse des hiesigen königl. Pfandleihhauses geschlagen werden. Das Curatorium dieser Anstalt bilden jedes Mal der Chef der Seehandlung und der Bank, der Generalsuperintendent der Provinz Brandenburg, der Oberbürgermeister von Berlin und der Director des königl. Leihhauses. Als Ehrenmitglied ist gegenwärtig auch der Stadtrath Hollmann wegen seines anerkannten großen Wohlthätigkeitssinnes gewählt. Bis jetzt sind 40 Damen aus allen Theilen der Monarchie in diese Stiftung aufgenommen worden, die bereits in dem dazu bestimmten ansehnlichen Gebäude wohnen. Alle Diejenigen, welche dieser Wohlthat theilhaftig werden, dürfen nicht unter 40 Jahre alt sein.

* **Berlin**, 6. Jan. Die Erklärung des Fürsten Pückler über Laube's Monaldeschi (Nr. 6) hat hier ein ungewöhnliches Aufsehen gemacht, weil daran eine Menge interessanter Fragen geknüpft worden sind, die zum Theil zu merkwürdigen Aufschlüssen geführt haben sollen. Außer der täglich wichtiger werdenden Frage nämlich, inwieweit die Bühnendirectionen competente Richter seien über Werth oder Unwerth, über Annahme oder Nichtannahme eines Stückes, inwieweit sie eifrig oder nicht, gewissenhaft oder nicht gegen dramatische Neuigkeiten verfahren, fragt man, wie es möglich geworden, daß der nach der stuttgarter Aufführung so gepriesene Monaldeschi hier abgelehnt und später trotz der Ablehnung angenommen werden konnte. Und in Betreff des letztern Punktes will man denn Folgendes entdeckt haben: Die Bühnen pflegten sich häufig, unsere erregten politischen Zustände benutzend, eines politischen Vorwandes der Ablehnung zu bedienen, wenn nicht gerade ein anderer schlagender zur Hand läge. Daß es bei diesem Stück ein Vorwand gewesen sei, beweise die stuttgarter Darstellung, nach welcher nicht das mindeste Politische zur Sprache gekommen sei, ja, welcher der König von Württemberg zwei Mal hinter einander von Anfang bis zu Ende und unter Zeichen beifälliger Theilnahme beigewohnt habe. Fürst Pückler nun, den Grund der Ablehnung, als könne ein Gesandter Anstoß an dem Stücke nehmen, nicht begreifend, habe das Stück an einen Bekannten nach Berlin geschickt mit der Anfrage, ob er darin einen politischen Grund der Ablehnung entdecken könne, und ob der König selbst wol solche Principien bei dramatischer Auswahl gut heißen würde. Kurz, es sei zum Könige selbst gekommen, und dieser habe die Annahme des Stückes befohlen. So erzählt man einen Hergang, den ich allerdings nicht verbürgen kann, und eben so wenig weiß ich, ob die darauf basirte Folgerung richtig ist, daß nämlich der König zum Theil hierdurch veranlaßt worden sei, eine Reform der Theaterleitung zu beginnen. Wäre dem so, dann ständen jedenfalls außer Hr. v. Küstner's Berufung noch andere neue Einrichtungen bevor, und daß es heißt, Hr. v. Küstner würde vorzugsweise der technischen und ökonomischen Leitung vorstehen, deutet allerdings darauf hin. Denn ein bloßer Intendantwechsel änderte ja in Bezug auf Beurtheilung neuer Stücke nichts, und grade in diesem Punkte hat Hr. v. Küstner in München, vielleicht durch wirkliche politische Hindernisse beengt, sich nicht eben ausgezeichnet. So viel wir wissen, gehört das dortige Repertoire zu denjenigen, welche im Betreff neuer Stücke am weitesten zurückbleiben, und welches neuerer Zeit sogar von dem am wiener Burgtheater, früher dem beengtesten, überholt ist. Wir hätten also wol eine dramaturgische Erweiterung, sei es durch Anstellung eines anerkannten Talents oder durch Bildung eines neuen Comité, zu gewärtigen. Dem jetzigen, welchem der von der Kritik immer verläugnete Raupach angehört, wäre also mehr als je zu wünschen, daß es sich glücklich aus der bevorstehenden Preiserteilung ziehen möge. Es ist erstaunlich, daß gegen hundert fünfaktige Lustspiele eingesendet sein sollen; wäre darunter nur der zehnte Theil brauchbar, so schiene es unerklärlich, daß unser Repertoire an Originalstücken so arm bliebe. Dieser ganze Herbst und halbe Winter hat auf unserer Bühne noch nichts Bedeutendes zur Aufführung gebracht. Von Werder's Columbus, der für morgen angekündigt ist,

will man nichts Dauerndes erwarten: die Anzahl Personen, der epische und nicht dramatische Stoff, die Herbeiziehung aller Hülfskünste, worin unsere Philologen seit dem Antigone-Versuch das Heil der Bühne sehen, und die Notiz, daß es eine Jugendarbeit sei, welche der Autor, Professor der Philosophie, überarbeitet, haben kein günstiges Vorurtheil erweckt. Für eine durch gedrängte Handlung wirkliche dramatische Arbeit sind dies allerdings keine einnehmenden Vorzeichen, die Vorzeichen können indeß trügen, und immer ist es erfreulich, auch die Professoren einer Schulphilosophie der Bühne thätig zuzuwenden zu sehen und hundert Lustspielsdichter im Vaterlande zu wissen. Jedenfalls besiegen wir eine mangelhafte Verwaltung, wenn es an dieser bloß liegen sollte, leichter als eine mangelnde Production, auf welche unsere Theaterarmuth bis jetzt immer geschoben wurde.

Koblenz, 4. Jan. Das Statut für den Dombauverein zu Köln ist durch allerhöchste Cabinetsordre vom 8. Dec. v. J. bestätigt worden, und der König hat zugleich das Protectorat über diesen Verein angenommen. (Rh. u. M. Z.)

Oesterreich.

* **Prag**, 2. Jan. Ihre Zeitung enthielt (Nr. 337 v. J.) einen Artikel von hier, der den von Christian Grafen Waldstein gegen das allerhöchste Aerar eingeleiteten Rechtsstreit bespricht. Der Einsender jenes Artikels scheint jedoch ungenau unterrichtet zu sein, indem er mehrere unrichtige Angaben anführt und daraus einen für den Kläger ungünstigen Erfolg dieses Processes divinirt. Zur Berichtigung dieses Artikels hält sich Referent verpflichtet, zu bemerken: Der von Christian Grafen Waldstein an das allerhöchste Aerar gestellte Anspruch begreift nur die zum Herzogthume Friedland einst gehörigen und bei des Herzogs Tod ihm noch eigenthümlichen Herrschaften in Böhmen, die als ein friedländisches Familien-Fideicommiss auf Grundlage mehrerer kaiserl. Consense für immerwährende Zeiten für die dazu vom Herzoge berufenen Aagnaten gestiftet und sicher gestellt sind. Christian Graf Waldstein ist kein Descendent, sondern ein Aagnat des Herzogs von Friedland, der von dem zum Besitze des Fideicommisses von dem Herzoge zu Friedland zunächst berufenen Maximilian Grafen v. Waldstein in gerader Linie nach dem Rechte der Erstgeburt abstammt; daher nicht testamentarischer Erbe, sondern Successor in das herzogl. Fideicommiss ist. Da nun in der Reclamirung eines Fideicommisses allerdings ein civilrechtlicher Titel liegt, und überdies kaiserliche Urkunden producirt werden, die ausdrücklich jede Verjährung in Betreff dieses friedländischen Familien-Fideicommisses und mehrerer dem Herzoge von Friedland zuständigen Rechte, ohne Rücksicht auf Zeit und Umstände, auf das bestimmteste für unstatthaft erklären: so ist sehr zu bezweifeln, daß die wohlbegründeten Ansprüche der Waldstein'schen Familie eine ungünstige Wendung, die der Einsender jenes Artikels präsumirt, nehmen könnten! Der von dem Fürsten (nicht Grafen) Windischgrätz gegen das höchste Aerar eingeleitete und bereits entschiedene Streit betraf die Smirick'sche Erbschaft und steht mit dieser Angelegenheit in gar keiner Berührung.

Schweiz.

† **Aus der mittlern Schweiz**, 1. Jan. Am Neujahrstage darf Jeder einen Spruch thun nach alter deutscher Sitte, und weil ich auf der Felsenburg Europas wohne, so mag ich um so eher als Thürmer ein Gefäß blasen; dasselbe soll nach der Melodie gehen: „Ein feste Burg ist unser Gott“, also: In Rom haben sie eine neue Praktik erfunden, mit welcher sie manchen Biedermann deutscher Zunge verstricken. Sie sagen nämlich, daß eine jede Religionspartei sich in die Angelegenheiten der andern nicht mischen solle. Erste Frage: Halten sie selbst dieses Gebot? Die Antwort lautet: Nein; denn sie bezeichnen die protestantischen Confessionen als keherisch und ihre Anhänger als Verdammte. Stiften sie nicht Gesellschaften zur Verbreitung ihres Glaubens unter den Protestanten, und jubiliren sie nicht, wenn einer derselben wieder in den Schoos der allein selig machenden Kirche zurückgeführt worden ist? Aber das Gebot könnte dennoch gerecht sein, wenn sie es auch selbst nicht halten. Nein, denn nach Gottes Gebot sind alle Menschen Brüder, und die heiligsten Dinge des einen Bruders sollen nicht ein verschlossenes Gebiet für den andern sein. Lehret einander! Und so war es von je Zeiten her, sodas nicht nur Christen unter sich, sondern auch Mohammedaner und Christen mit Schrift und Wort auf einander einwirkten. Wie Vieles lernten wir auch in Bezug auf göttliche Dinge von den Arabern, und lehrt nicht jetzt Europa die vier Welttheile das Evangelium kennen? Also wird es auch fürderhin sein. Und wir, wir Evangelische, beschimpfen Keinen, wir legen auf unserm Gebiete Keinen in Banden, wenn er gegen uns schreibt; im Gegentheil, wir freuen uns, wenn sich Einer recht eifrig und mit meh-

ren Gründen als bisher gegen uns ausspricht; einestheils glauben wir, die Kraft der Wahrheit werde auch Diesen noch erleuchten, sodann machen Angriffe die Hüter der heiligen Flamme wachsam, sie gürten ihre Lenden. Allein der Handel hat noch einen weltlichen Werth. Es leben zu Germanien und Helvetien in den gleichen Staaten Katholische und Evangelische, welche über viele kirchliche Dinge gemeinschaftlich berathen und beschließen. Siehe, da wollen sie durch die angezeigte Praktik den Evangelischen viele Rechte entziehen, z. B. in den paritätischen Cantonen wollen sie dadurch dem Staate die Klostergüter entziehen, während doch die Evangelischen für Staats-, Schul- und Armen-Angelegenheiten seiner Zeit die Klostergüter hergaben, an welchen die Katholischen wie die Evangelischen Nuß und Theil haben. In Helvetien haben sie bereits angefangen, diesen Satz in allen Richtungen geltend zu machen, wie ihn mein gnädiger Herr, der Fürst Graf Solms in Einsiedeln, stets im Munde führt, zweifle auch nicht, daß sie denselben nach Deutschland bringen werden. Endlich ist dieser Satz nichts Anderes denn der Brauch des Gerichtes der Inquisition des heiligen Glaubens, da man dem Keher einen Knebel in den Mund legt, und heißt selbiger auf gut Deutsch: Wo ich nicht will, darfst du nicht reden. Er ist also falsch, und darf Einer von der Bekennniß des Andern sprechen; aber es geschehe aus wahren und guten Gründen, mit Zucht und in christlicher Liebe: denn das Wort macht fort und fort lebendig.

Bereinigte Staaten von Nordamerika.

Bekanntlich machte sich während des vorigen Jahres im Congresse der Vorfiger des Comité für die auswärtigen Angelegenheiten, Dr. Cushing, durch seine Feindseligkeit gegen England bemerklich. Jetzt ist dagegen John Quincy Adams zu dieser nicht unwichtigen Stellung gewählt worden.

Handel und Industrie.

Ausstellungen. * **Hamburg**, im Jan. Die hiesige patriotische Gesellschaft hat eine Aufforderung an Künstler, Fabrikanten und Handwerker zu Beträgen für eine im Herbst d. J. zu veranstaltende Industrieausstellung erlassen. Es wird den Concurrenten die Aussicht auf zu vertheilende Preise für die besten Einlieferungen gestellt, doch sollen von letzteren Gegenstände ausgeschlossen sein, welche man in jedem Industralmagazin anzutreffen pflegt, sowie solche, die bereits früher einmal ausgestellt gewesen sind. Zugleich hat der Garten- und Blumenbau-Verein die Ankündigung einer im nächsten Frühjahr zu veranstaltenden Blumenausstellung in den Sälen des Schauspielhauses erlassen, mit welcher ebenfalls eine Preisvertheilung verbunden sein wird.

Eisenbahnen. * **Frankfurt a. M.**, 5. Jan. Es ist wol für die Zukunft der deutschen Bahnen kein unerfreuliches Vorzeichen, daß von allen an hiesiger Börse gangbaren Effecten die Taunusbahnactien im Verlaufe von 1841 den vergleichsweise stärksten Cursschwung genommen haben. Diese Actien nämlich schlossen bei der Abrechnung für December 1840 zu 331 Fl. das Stück; 1841 aber zu 376 1/2 Fl. Seitdem hat sich ihr Cours noch um 5-6 Fl. gehoben. Da dieses Steigen keineswegs als das Product eines bloßen Börsenspiels zu betrachten ist, sondern vielmehr auf vorläufiger Berechnung der demnächst zu erhoffenden Jahresdividende beruht, so möchte es wol den Capitalisten zur Ermunterung gereichen, sich bei den Eisenbahnunternehmungen zu betheiligen, an deren Ausführung jetzt die Hand gelegt werden soll.

Handelsbericht. * **Hamburg**, 4. Jan. Am Schlusse des eben verflossenen Jahres hat das Haus Hunt und Comp. sich noch fallit erklärt, was man schon längst erwartet hatte. Der Passivstand beträgt über 800,000 Mk., und es werden kaum 10 Proc. darauf herauskommen, wie man allgemein behauptet. Unter dem kleinern Handelsstande sind letztes Jahr 44 Falliten vorgekommen, deren Schulden auf etwa 1,500,000 Mk. sich belaufen haben. Leider ist voriges Jahr beim Aus- und Einfuhrhandel so viel Geld verloren gegangen, daß es gar nicht auffallen darf, wenn wir in den ersten drei Monaten dieses Jahres noch einige andere Falliten erleben.

Schiffahrt. **Hamburg**, 3. Jan. Die Hamburger Flotte besteht am 1. Jan. d. J. aus 221 Fahrzeugen, nämlich aus 17 Schiffen, 49 Barken, 1 Barkantine, 54 Briggs, 1 Brigantine, 28 Schoonern, 6 Schooner-Briggs, 16 Gallassen, 13 Gallots, 9 Schooner-Gallots, 7 Ruffen, 18 Ewern, 1 Jacht und 1 Mudd. Neuerbaut wurden im vorigen Jahre 11 verschiedene Fahrzeuge und angekauft 8; geblieben sind 9.

Staatspapiere. **Amsterdam**, 4. Jan. 2 1/2 pc. Int. 51 1/2; Ruffl. 5 pc. Pope 106 1/2; 4 1/2 pc. Handlög. 155 1/2. **Hamburg**, 5. Jan. Dan. 3 pc. engl. 78 1/2; Ruffl. 5 pc. Cert. 103. **Wien**, 4. Jan. Wact. 102 1/2; Met. 5 pc. 106 1/2; 4 pc. 99 1/2; 3 pc. 75 1/2; 500 Fl. C. 142 1/2; 250 Fl. C. 109.

Actien. **Wien**, 4. Jan. Nordb. 73 1/2; Raab. 82 1/2; Mall. 91.

Redigirt unter Verantwortlichkeit der Verlags-Handlung.
Druck und Verlag von **J. W. Brockhaus** in Leipzig.

A n k ü n d i g u n g e n .

(Inserate nehmen an: in **Leipzig** die Expedition; in **Berlin** die Gropius'sche Buch- u. Kunsthandlung; in **Breslau** die F. C. C. Leuckart'sche Buchhandlung; in **Dresden** C. Pleßsch u. C.; in **Frankfurt a. M.** W. Kähler; in **Hamburg** J. A. Meißner's Verlagsbuchhandlung; in **Magdeburg** W. Heinrichshofen; in **Paris** Brockhaus u. Venariüs; in **Schaffhausen** die Brodtmann'sche Buchhandlung)

[108—9]

B e k a n n t m a c h u n g .

Dem größern Publicum sowol als besonders den Vereins-Mitgliedern wird hierdurch vorläufig bekannt gemacht: daß die Thierschau und das Pferderennen in diesem Jahre wiederum im Monat Mai bei Torgau stattfinden wird. Die zeitherigen Mitglieder unsers Vereins, welche bis ultimo Januar ihren Austritt nicht anmelden, werden auch ferner als Mitglieder betrachtet werden und demnächst ersucht, ihre Beiträge für 1842 mit 2 Thlr. pro Actie an den mitunterzeichneten Schatzmeister bis zum 1. März dieses Jahres portofrei einzusenden.

Torgau, am 1. Januar 1842.

Das Directorium des Vereins zur Verbesserung der Pferde- und Viehzucht in der Provinz Sachsen.

Graf von Seydewitz, als Vorsitzender.	Domainen-Rentmeister Flemming, als Schatzmeister.
--	--

Höchst wichtige Erscheinung.

Vom 1. Januar 1842 an erscheint im Verlage der Unterzeichneten, und jede Buchhandlung des In- und Auslandes nimmt Bestellungen an und gibt auf Verlangen Probenummern:

Allgemeines Literatur-Repertorium

oder
monatlicher Nachweiser der in sämtlichen wissenschaftlichen Journalen Deutschlands
enthaltenen Abhandlungen, nach den einzelnen Materien geordnet,
in Verbindung mit mehreren Gelehrten

redigirt von
Dr. J. Günther.

Das Ganze zerfällt in folgende einzelne Abtheilungen:

- I. Philosophie, Naturwissenschaft, schöne Künste, Mathematik, Astronomie;
- II. Theologie, protestantische, katholische und jüdische;
- III. Rechtswissenschaft, Staats- und Kameralwissenschaft;
- IV. Medicin, Chirurgie, Geburtshilfe (mit Einschluß der Veterinärkunde), Naturwissenschaften;
- V. Philologie, Geschichte, Geographie, Pädagogik;
- VI. Technologie, Forstwissenschaft, Haus- und Landwirthschaft, Handlungswissenschaft (incl. Buchhandel), Berg- und Hüttenkunde, Kriegswissenschaft.

Jeden Monat erscheint regelmäßig eine Lieferung. Der Preis des ganzen Jahrgangs aller sechs Abtheilungen, aus circa 36—40 Druckbogen in gr. 8. bestehend, kostet nur 2 Thlr. Doch wird jede Abtheilung auch besonders abgegeben und kostet die Nummer, deren Zahl 12 im Jahre das Maximum ist, nur einen Groschen, sodas dem Unbemitteltesten um ein sehr Geringes der sicherste Weg gebahnt ist, alles in seinem Fache der Wissenschaft Niedergelegte zu finden und zu verfolgen.

Zena, im December 1841.

[97]

Die Verlagsbuchhandlung von Fr. Mauke.

[7135] Neu erscheint bei mir und ist durch alle Buchhandlungen zu beziehen:

Melzer (Dr. C. F.), Denkschrift über die wissenschaftlich nothwendige Umgestaltung der weltlichen Facultäten auf den deutschen Hochschulen. Enthaltend die Constructionen einer Universal-Encyclopädie aller akademischen Hauptstudien. Gr. 8. Geh. 15 Ngr. Leipzig, im Januar 1842.

F. A. Brockhaus.

[7051—53] Durch G. Bethge in Berlin und in allen Buchhandlungen ist zu bekommen:

Lessing's sämtliche schönwissenschaftliche Schriften.

7 Bände für 2 Thlr.

Vielen Verehrern Lessing's möchten die Gedichte und Schauspiele für diesen Preis schwerlich wieder geboten werden.

Eine complet eingerichtete **Stearin-Lichter-Fabrik**, verbunden mit einer **Seifen-Fabrik**, soll aus freier Hand verkauft werden. Recelle Käufer können in frankirten Briefen das Nähere erfahren bei

Friedrich Engelske
in Magdeburg.

[18—20]



Die Directoren der Royal Mail Steam Packet Company in London zeigen hierdurch an, daß sie vom 1. Januar 1842 an, von Southampton monatlich zwei Dampfschiffe,

jedes von 1400 Tonnen Größe und 450 Pferdekraft, nach Barbados mit der königlichen Post und Passagieren abfertigen werden.

In Barbados werden Dampfschiffe nach allen Häfen Süd-Amerikas von Surinam östlich bis Chargres, westlich bis Honduras und nach allen Haupthäfen Westindiens und dem Golf von Mexico über Havana nach New-Orleans, Tampico, Vera-Cruz u. s. w. bereit liegen, um Briefe und Passagiere zu befördern. Näheres wegen Passage, Fracht von Contanten, Cochenille &c. bei dem hiesigen Schiffsmakler **George Delaval** und den Unterzeichneten.

Hamburg, am 26. Dec. 1841.

Hundeiker und Heuberer,

[44—46] Agenten der Royal Mail Steam Packet Company.

Mit **1000 Thlr.** Pr. Cour. jährl. Gehalt wird einem in seinem Fache ganz tüchtigen **Garn- und Zhibet-Färber** eine dauernde Anstellung in einer der ersten Fabriken Deutschlands zugesichert, wenn sich derselbe über seine Kenntnisse und Moralität genügend auszuweisen vermag. Anfragen beliebe man unter der Chiffre **L. U.** an Herrn **Fabob Dehee** in Wien, Josephstadt am Glacis, zu richten, worauf das Nähere erfolgen wird. [7263—65]

Anerbieten. Ein solider routinirter Geschäftsmann, in Breslau wohnhaft, erbietet sich zur Uebernahme von Agenturen für diesen Platz. Hierauf Reflectirende werden ersucht ihre Adressen an die Expedition der Leipziger Allgemeinen Zeitung franco unter der Chiffre **D. W.** einzusenden. [81—82]

Großherzoglich Badensche 50-Fl.-Loose,

2te Verloofung am 1. Februar d. J.

Herzoglich Nassauische 25-Fl.-Loose,

4te Verloofung am 1. Februar d. J.

Großherzoglich Hessische 25-Fl.-Loose,

7te Verloofung am 15. Februar d. J.,

sind in Partien und im Einzelnen zum billigsten Kurs, Pläne gratis, bei mir zu haben. Auch nehme ich die Loose nach der Ziehung gegen eine geringe Provision zurück, oder es können solche gegen diese Provision während der Ziehung bei mir liegen bleiben.

Simon Meyer in Dresden,
Pirnaische Gasse.

[105-7]

Das neue Großherzogl. Badensche Anlehen von Fünf Millionen Gulden

besteht aus 100,000 Partial-Obligations-Loosen, jedes à Fl. 50, welche mit eben so vielen Prämien, worunter 2 à Fl. 50,000, 4 à 40,000, 22 à 35,000, 30,000, 2 à 15,000, 27 à 10,000, 8000, 4 à 7000, 28 à 5000, 25 à 3000, 66 à 1500, 127 à 1000 r. r. im Gesamtbetrag von

Neun Millionen 34,055 Fl. im 24-Fl.-Fuß,

in verschiedenen von Sechs zu Sechs Monaten stattfindenden Verloofungen zurückbezahlt werden.

Der geringst zu erlangende Preis von Fl. 65 deckt jedenfalls Capital und Zinsen. Partial-Obligations-Loose, für alle Ziehungen gültig, werden à Fl. 54 oder 31 Thlr. Preuß. Cour., Pläne gratis, abgegeben, auch kann man sich nur für die:

am 1. Februar 1842 geschehende Ziehung,

durch welche die bedeutenden Gewinne von Fl. 40,000, 10,000, 5000, 3000, 2 à 1500, 4 à 1000, 10 à 250, 20 à 125, 30 à 100, 333 à 65, erlangt werden, dergestalt theilhaben, daß, da die Loose nach derselben zu Fl. 50 von uns wieder angenommen werden, nur Fl. 1 oder 2/3 Thlr. Preuß. Cour. pr. Stück zu entrichten ist.

Bei Uebernahme von Fünf dergleichen Loosen wird ein Sechstes, zum Spiel für diese Ziehung, gratis gegeben.

Direct an unterzeichnetes Bankierhaus eingehende Aufträge werden prompt besorgt, und den S. T. Interessenten seiner Zeit die Gewinnliste zugesandt.

[6-9]

J. N. Frier & Comp. in Frankfurt a. M.**Verkauf einer Zucker-Raffinerie und Rübenzucker-Fabrik.**

Die General-Verammlung der **Halleschen Zuckersiederei-Comp.** hat beschlossen, ihre in der Stadt **Halle** belegene Fabrik zu verkaufen, sofern dies zu einem, dem Werthe und den nun für den Industriezweig wieder günstig gewordenen Ausichten einigermaßen angemessenen Preise geschehen kann. Das Etablissement ist jetzt für die Raffinirung von 10,000 Centner Rohzucker und für die gleichzeitige vollständige Verarbeitung von 75,000 bis 80,000 Centner Runkelrüben vollkommen eingerichtet. Es kann aber auch mit verhältnißmäßig nicht großen Kosten zu dem verdoppelten Betriebe der Rübenzuckerfabrikation umgeändert, oder ohne Aenderung bloß zur Raffinirung von 20,000 Centner Rohzucker benutzt werden, wozu es ursprünglich angelegt war. Betrieb, Kochung und Heizung geschehen nur durch Dampf, mittels einer Dampfmaschine, drei Dampfkesseln, zwei Vacuumpannen und allem sonstigen Zubehör. Sehr geräumige Wohnungen, Niederlagen, Schuppen u. s. w., wie auch ein Knochenbrennofen und eine Schmiede sind im Schäfte vorhanden. Ein schiffbarer Arm der Saale begrenzt den Hof.

Zur Heizung braucht bloß die hier sehr wohlfeile Braunkohle verwendet zu werden.

Der Boden ist zur Cultur der Rüben vorzugsweise geeignet, und der Bedarf, bei jährlich gestiegenem Anbau durch die Dekonomen der Stadt und Gegend, mit Leichtigkeit zu decken. Reelle Kaufliebhaber wollen sich um nähere Auskunft an unterzeichnete Direction wenden und können die in voller Arbeit befindliche Fabrik sodann in Augenschein nehmen.

Die Gebote werden, um jede Störung des fortgesetzten Betriebs zu vermeiden, bis längstens zum **31. Januar** erbeten, worauf dann die Erklärung über den Verkauf baldigt erfolgen soll.

Die Uebergabe würde nach Beendigung der jetzigen Rüben-Campagne geschehen.

Halle, am 23. December 1841.[7218-19] **Die Direction der Hall. Zuckersiederei-Comp.**

Gefuch. Ein Handlungshaus in einer der bedeutendsten Städte Baierns wünscht einen Syrupfabrikanten, der über seine Brauchbarkeit gute Zeugnisse besitzen muß, zu engagiren, und wollen sich hierauf Reflectirende bei **Hrn. Schmidt** in Leipzig, Gasseger zur Sonne in der Gerbergasse, melden. [130]

Messlocal-Vermiethung.

Ein in **Braunschweig** an der besten Messlage (**am alten Stadtmarkt**) belegenes Gewölbe ist für die bevorstehende Licht- und folgende Messen für einen mässigen Preis zu vermieten.

Näheres in **Braunschweig** beim Kaufmann **Herrn Hermann Winicker**, und in **Berlin** bei den Kaufleuten **Kadisch & Hoffstädt.** [122]

Gefuch. Ein im mercantilschen Fache wohlbewandter junger Mann wünscht zu kommenden Oftern den Platz eines Aufsehers oder eine andere seinem Stande und Kenntnissen angemessene Branche in einer renommirten Fabrik (am liebsten in einer Glas- oder Eisenhütte) zu erhalten. Hinsichtlich des Salairs wird er gewiß die billigsten Anforderungen machen, und unter Umständen vielleicht einige Monate ohne Gehalt serviren, wenn er einer freundlichen und soliden Behandlung entgegensehen darf. Näheres sowol, als auch Abschriften von den Zeugnissen des Stellessuchenden, erhalten reflectirende Herren (in gef. frank. Briefen) bei **Hrn. Karl Werther** in Greußen bei Sondershausen. [124]

Zur Beachtung.

Ein unverheiratheter Geschäftsmann, angehender Bierziger, wünscht sich durch eine baare Capitaleinlage von circa 15,000 Thlrn. an ein solides Geschäft, wo möglich Materialfach, in der Art eines stillen Theilnehmers anzuschließen; um einige Beschäftigung durch Correspondenz und Buchführung zu haben.

Großen Nutzen zu ziehen ist weniger dabei beabsichtigt; nur die üblichen Zinsen, ein festes Honorar der Arbeit und sichere Stellung des Capitals sind Hauptfordernisse dabei. Unter Gesuch H. M. Adresse **Hrn. F. W. Wietz** in Leipzig, werden frankirte Briefe erbeten, wobei gegenseitige Discretion als Bedingung mit festgestellt sein soll. [129]

Die Stadt Barmen beabsichtigt ihre Straßen und öffentlichen Plätze durch Gas beleuchten zu lassen und werden Unternehmungslustige eingeladen, die Bedingungen, unter welchen die Gasbeleuchtung an Unternehmer überlassen werden soll, auf hiesiger Stadtkanzlei einzusehen und Anerbietungen dieserhalb bis zum 15. Februar 1842 bei besagter Stelle einzureichen.

Barmen, den 23. Dec. 1841.

[70-72]

Der Bürgermeister **Wilckhaus.****F. C. O.**

Weil Sie, Herr **Richt G. v. C. r.** behaupten, **P. M.** in **J.** habe fehlgeschossen und nur geschadet, wie alle seine Vorgänger, darum muß es wohl wahr sein; denn **Roma locuta est!** — Ihnen war es also vorbehalten, was bis jetzt noch **Keinem** gelungen — die Vertheidiger des **Bischof Dr. sammt** und **sonders** aufs Haupt zu schlagen und denselben ein ewiges Stillschweigen aufzuerlegen. Letzteres können Dieselben nun auch, nach Beseitigung der Hauptdifferenz, mit gutem Gewissen beobachten, und werden's gewiß auch, falls Ihre Erklärung nicht etwa von Seiten Ihrer Freunde angegriffen werden sollte. Denn Sie haben ja das ehrenhafte Bekenntniß im Namen Tausender Ihrer Committenten abgelegt: „Sie und Letztere seien auf **Den** getauft und confirmirt, der allein Worte des ewigen Lebens habe“, und der da gesagt: „**Einer ist Euer Meister, Christus**“. Das behaupten nun aber auch der **Bischof Dr. und Tausende**, d. h. alle seine Freunde und Verehrer. Die „**Einigkeit im Geiste**“ ist somit durch Sie wieder hergestellt, wofür Ihnen hiermit öffentlich Dank abstattet

Einer von Tausenden, denen dieser Zeitungskrieg, weil er nun zu dem längst ersehnten Frieden geführt hat, höchst **interessant** gewesen ist und bleiben wird. [123]

M

Die
Bu
PolSpar
(Wün
der nPräsi
um f
die D
missio
womit
heit fzwich
nien e
jährig
chen t
nämlic
dem C
besalt
die B
niglich
Fürst
dann
überre
fünf
leand
franzö
Gegen
mals
gent
anlass
König
wurde
Gesam
Gegen
jetzige
erhob
Minist
ben a
Winda
genten
gegen
sander
Ueberb
folger
wöhnli
so wid
die Kön
den, n
zogen
zösisch
persönl
moralis
gen, k
Zwar
tero's
beglau
bon, n
nigin
in Ge
Rücksi
dehnt
Die fu
gegen
tribute
ter bee
vandy